

Wochenpost

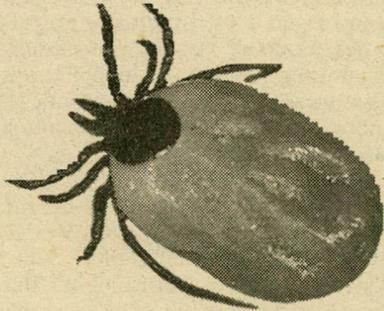
ZEITUNG FÜR POLITIK • KULTUR • WIRTSCHAFT • UNTERHALTUNG

öS 20 sfr 2,50 L 3000 bfr 60 FF 10 Pta 275 2,50 DM



Teuflisch

Leni Riefenstahl paktierte mit den Nazis, drehte vier Filme und wurde weltberühmt. Sie wird verachtet und verehrt. Nun gibt es einen allzumilden Dokumentarfilm über sie: »Die Macht der Bilder«. Seite 21



Tückisch

Taubenzecken kommen in der Nacht. Sie betäuben ihre Opfer – und laben sich an deren Blut. Gesättigt verschwinden sie wieder, bis zur nächsten Nacht. Sie sind unsterblich. Fast. Seite 36



Zynisch

Heiner Müller wird 65, und er gesteht: »Ich hatte immer eine Sehnsucht nach der dummen Frau.« Dem Dramatiker ist »das Unverständliche wichtig«. Der dekadente Zyniker im Interview. Seite 30

Kondome statt Brot

Das »kritische Jahrzehnt« hat begonnen: Leben zu viele Menschen auf dieser Welt?

In rund hundert Jahren werden in Kenia sechzigmal mehr Menschen wohnen als heute – falls die Bevölkerung des Landes weiter so schnell wächst wie bisher. Alle siebzehn Jahre verdoppelt sich die Zahl derjenigen, die Wohnraum, Schulbildung, Arbeitsplätze brauchen, die Trinkwasser und Lebensmittel zur Ernährung und natürlich das Land zum Leben benötigen. Ein schier unlösbares Problem für die Dritte Welt insgesamt, wenn auch die Bevölkerung nicht überall so schnell wächst wie in dem ostafrikanischen Land. Die Vereinten Nationen schlagen Alarm. Denn ihrer Ansicht nach haben wir das »kritische Jahrzehnt« der Menschheitsentwicklung erreicht.

Bereits vor über 2000 Jahren hatte der griechische Philosoph Platon vor einem »Überschuß an Bürgern« in »aufgedunsenen Städten« gewarnt. Heute sind wir soweit. Und die Wissenschaftler fordern inzwischen, die Versorgung hungernder Kinder »zu überdenken«. Denn jedes heute gerettete Kind, so ihre Argumentation, bedeute einen um so größeren, zum Elend verdamnten Nachwuchs. Ihre Devise: »Kondome statt Brot«.

Derart verzweifelte Vorschläge sind Ausdruck der demographischen Falle, in die die Menschheit läuft: Ärzte und Medikamente aus den reichen Ländern helfen, die Kindersterblichkeit zu senken, die Lebenserwartung gar zu verdoppeln. Jedoch beim Thema Familienplanung hält man sich zurück: »Brot statt Kondome«, heißt da die Devise. Ergebnis ist ein Geburtenüberschuß, der die Tragfähigkeit der Erde in Frage stellt.

Im September dieses Jahres wollen die Vereinten Nationen ihre Weltbevölkerungskonferenz abhalten, es wird 1994 die bedeutendste Zusammenkunft der Weltorganisation sein. Dafür hat man den richtigen Tagungsort gewählt: Schauplatz wird der Dreizehnmillionen-Moloch Kairo sein.

Ulli Kulke: Wer bremst die Menschheit? Seiten 4/5



»Les Capotes Utilisés« (Ausschnitt), Chéri Samba, 1990

In Afrika ist jede dritte Schwangerschaft unerwünscht. Kondome und andere Verhütungsmittel fehlen.

Traum zwischen Himmel und Hölle

Fahren Sie doch mal wieder U-Bahn: durchgehend von Ruhleben (West) bis Pankow (Ost). Unter der Erde ist Berlin vereint. Von Jutta Voigt 3

Die Fädenzieher in der Krise

Was macht die Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium? Von Bernd Ulrich 6

Der vergessene Krieg

In Belgrad bieten sich die Politiker Fernsehgefechte, als lebten sie im tiefsten Frieden. Von N. Mappes-Niediek 11

Der Spendensumpf

Dagegen hilft kein deutsches Gesetz: Die Parteien wissen, auf welchen Wegen sie zu Spendengeldern kommen. Von Cornelia Uebel 18

Schiff gegen Kurzsichtigkeit

Die besten russischen Augenchirurgen operieren im Hafen von Gibraltar – wie am Fließband. Von Rudi Rothier 26

Liebe statt Valium

Psychotherapeuten statt Psychopharmaka. Ein Plädoyer für den zweiten Heilberuf. Von Regine Halentz 32

Außerdem

Einmal Knochengeld 16
Dreimal Ibsen 24
Zigmal Astrologielügen 35



EINE WELT – ABER WELCHE?

Unter diesem Titel wird die WOCHENPOST in den nächsten Wochen in einer lockeren Folge eine Reihe weltpolitischer Analysen vorstellen.

In der nächsten Woche: Jean-Christophe Rufin, »Über den neuen Globus. Brief an eine Sechzehnjährige über die Welt von morgen.«

In 60 Jahren 10 Milliarden

Zur Zeit wächst die Weltbevölkerung jedes Jahr um rund 100 Millionen Menschen, davon allein in den Entwicklungsländern um 90 Millionen.

Für die Jahrtausendwende rechnet die UN mit 6,25 Milliarden Menschen, für 2050 bei leicht abgeschwächtem Wachstum mit 10 Milliarden.

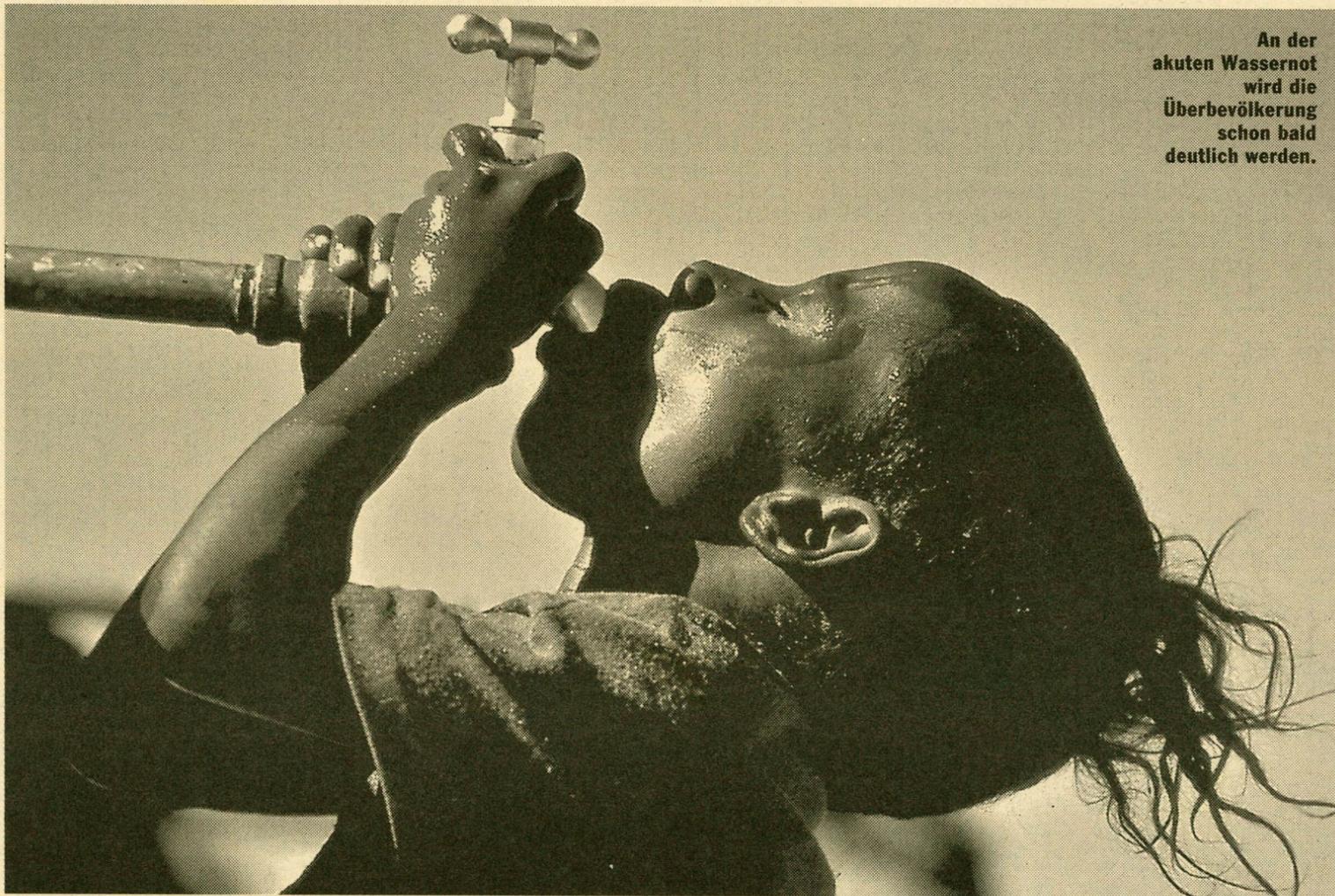
1950 gab es in Afrika zwei Millionenstädte. Heute sind es 37.

Kenia

Sollte das Wachstum Kenias von derzeit rund vier Prozent pro Jahr anhalten, so würde sich die Bevölkerung des Landes innerhalb von 100 Jahren versechzig(!)fachen.

Ungedeckter Bedarf

In Afrika benutzen nach Angaben der UN 77 Prozent der verheirateten Frauen, die keine Kinder mehr wollen, dennoch keine Verhütungsmittel. In Asien ist der Anteil bei 57 Prozent, in Lateinamerika bei 43 Prozent. Die Zahlen berücksichtigen dabei noch nicht einmal die unverheirateten Frauen und solche Paare, die zwar Kinder grundsätzlich wünschen, aber zu einem späteren Zeitpunkt.



An der akuten Wassernot wird die Überbevölkerung schon bald deutlich werden.

Fotos: David Burnett/Focus

Wer bremst die Menschheit?

Die Bevölkerung wächst zu schnell – zentrales Problem der armen Länder. Dies ist das »kritische Jahrzehnt«, meinen die UN und veranstalten 1994 eine große Konferenz / Von Ulli Kulke

In den dreißiger Jahren hatte Kairo etwas über eine Million Einwohner. Vorausschauende Stadtplaner legten Kanalisation und Wasserleitungen auf drei Millionen aus. Doch Kairo (von Al Kahir: »der Siegreiche«) sprengte alle Vorhersagen. Zwischen 13 und 15 Millionen Menschen leben dort heute auf einer Fläche, die gerade mal ein Viertel Berlins ausmacht. Im Stadtteil Bab as Scharia drängen sich 150 000 Hauptstadtbewohner auf einem Quadratkilometer. Bruchige Häuser werden für neue Bewohner aufgestockt, im Viertel Gamaliyya stürzt täglich ein Haus ein. Für viele gibt es nur in Grabstätten eine Unterkunft, geregelte Erwerbsarbeit lediglich für die Minderheit der Erwerbsfähigen. Letztendlich trifft es alle Kairoer: Schon heute nutzt Ägypten 95 Prozent seines Trinkwassers, akute Wassernot ist absehbar. Die Vereinten Nationen konnten sich keinen besseren Ort aussuchen für ihre dritte große Bevölkerungskonferenz im nächsten September, die bedeutsamste Zusammenkunft der UN im Jahre 1994.

Alle zehn Jahre debattieren Regierungsvertreter und Experten: Stellt die Spezies Mensch durch ihr rapides Wachstum ihr eigenes Überleben in Frage? Wer darf, und wie, die Zahl der Menschen begrenzen?

Grund zur Hoffnung: Die harten Differenzen, die die ersten beiden Mammuttagungen in Bukarest (1974) und in Mexiko City (1984) belasteten, erscheinen jetzt in mildem Licht. In Bukarest noch galt das Thema einerseits als Ausgeburt des Imperialismus gegen die Entfaltung der Menschheit im Süden. Der Norden konterte: Die Bewohner des Südens gäben sich hemmungslos dem Fortpflanzen hin und gefährdeten dadurch den Weltfrieden. Heute sperren sich nur noch wenige Regierungen dagegen, daß dem Wachstum Einhalt geboten werden muß – durch Familienplanungsprogramme, integriert in Entwicklungsprojekte. Nun steht im Vordergrund: Wer soll das bezahlen?

Grund zur Sorge: Die Lösung des Problems wurde während der letzten zwei De-

kaden zerredet. Auch war das Thema durch Programme einiger Länder, in denen mehr oder weniger unter Zwang sterilisiert wurde, in Mißkredit geraten. Folge: Die Menschheit wächst wie gehabt – besonders problematisch für die Dritte Welt. Sie trägt die Last des Bevölkerungswachstums zu 90 Prozent. Trotz Fensterreden über die »Bevölkerungsexplosion« weigert sich der Norden, die im Vergleich zu anderen Posten wenigen Mittel aufzubringen, die der UN-Bevölkerungsfonds, UNFPA, als notwendig bezeichnet, nämlich neun Milliarden Dollar jährlich.

Die könnten den Frauen helfen, die mangels Verhütungsmittel oder in Unkenntnis mehr Kinder als gewünscht gebären. Der Arzt und Bevölkerungsexperte Detlef Kießling meint, »jede dritte Schwangerschaft in Afrika ist unerwünscht«. Fast jede Abtreibung – weltweit 50 Millionen im Jahr – ist ein unerfüllter Verhütungswunsch. Wegen unzureichender Gesundheitsdienste in Entwicklungsländern sterben dabei 200 000 Frauen.

VIELE MENSCHEN = VIEL MACHT?

Nötig sind Aufklärungskampagnen, besser zugängliche Verhütungsmittel sowie gesundheitliche Betreuung, die dafür sorgt, daß Verhütungsmittel richtig benutzt werden. Hilfe zum Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz und eines Rentensystems senkt die Notwendigkeit, Kinder als zusätzliche Arbeiter oder zur Altersversorgung zu zeugen.

Für die UNFPA sind die 90er Jahre das »kritische Jahrzehnt«. Insbesondere in Afrika mit der sehr geringen Tragfähigkeit seiner sensiblen Ökosysteme herrscht Landflucht in die unkontrolliert boomenden Städte. Mauretaniens Hauptstadt Nouakchott hatte vor 40 Jahren 5800 Einwohner, heute eine halbe Million. Die Zustände in den Megastädten der Dritten Welt – Mexiko City hat 20 oder 30 Millionen Einwohner – sind das, was der griechische Philosoph Platon vor über zweitausend Jahren vorhersah: Die »gesunde Stadt« wird zur »aufgedunsenen Stadt«.

Platon postulierte, daß »das Land groß genug sein muß, um eine bestimmte Anzahl maßvoll lebender Bürger zu ernähren«. Sein Ziel war eine Menschheit, »nicht mehr Kinder erzeugend als für ihren Besitz zuträglich ist, aus Furcht vor Armut und Krieg«. Andererseits, so der Vordenker, solle die Bevölkerung »groß genug sein, um sich gegen Übergriffe der Umwohner zu verteidigen«. Die Herrscher sollten »der Zeugung Einhalt gebieten«. Bei einem »Überschuß an Bürgern« bleibe aber als Ultima ratio: »Die Aussendung von Kolonisten«. Der Philosoph der Antike umreißt bereits die Vielschichtigkeit der Debatte im heutigen »kritischen Jahrzehnt« des Bevölkerungswachstums.

Bevölkerungswachstum und Macht: Die Herrscher der kommunistischen, aber auch der Dritten Welt verbateten sich noch in Bukarest die Diskussion über das Bevölkerungswachstum ihrer Länder als »Einmischung«. Ihr Motto: Mehr Menschen = stärkere Länder + schnellere Weltrevolution.

Bevölkerungswachstum und die Zerstörung der Lebensgrundlagen: Wird die Regenerationsfähigkeit der Böden überbeansprucht, kippt das Ökosystem. Die Erosion spült den Boden ins Meer. Bestes Beispiel ist Madagaskar. Es gibt viele Beispiele historischer Gesellschaften, die an Überbevölkerung zugrunde gingen. In vielen Gegenden, vor allem in Afrika und Nahost, reicht das Trinkwasser nicht für noch mehr Menschen. Erst recht, wenn man jenen 1,75 Milliarden Menschen helfen will, die heute unter miserablen hygienischen Verhältnissen leben.

Bevölkerungswachstum und Armut: Die Vereinten Nationen sehen als Ursache für die Entwicklungsschwierigkeiten der armen Länder auch das Bevölkerungswachstum.

Bevölkerungswachstum und Flucht: Das neue Wort »Umweltflüchtling« hat die Chance, zum Begriff des Jahrzehnts zu werden. Kein Zufall, daß sich gerade der jüngste Weltbevölkerungsbericht der UNFPA fast ausschließlich der Migration widmet. Vor allem in den halbtrockenen Regionen Afrikas,

THEMA: ÜBERBEVÖLKERUNG

deren Böden bei Übernutzung schnell erodieren, suchen Menschen eine neue Heimat. Spannungen zwischen den Staaten steigen.

Bevölkerungswachstum und Angst: In den reichen Ländern grassiert die Furcht, die weiße Rasse werde von den afrikanischen oder lateinamerikanischen Völkern verdrängt. Frankreichs früherer Verteidigungsminister Chevenement sorgte sich, weil jetzt zum ersten Mal seit der Zerstörung Karthagos wieder mehr Menschen in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres leben als in den nördlichen. Er sagte: »Schauen wir nach Süden« und verteidigte damit das Festhalten an seinem Atomprogramm.

Bevölkerungswachstum und Gerechtigkeit: Durch die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung ändern sich auch die Ansprüche auf die Naturschätze der Erde – und die Anteile an der globalen Umweltverschmutzung.

Radikale Gegner jeglicher Bevölkerungspolitik, vor allem aus der bundesdeutschen linken und grünen Szene, konzentrieren sich fast ausschließlich auf dieses Verteilungsproblem, blenden alle übrigen Punkte aus und kommen deshalb zu einem schlichten, aber für die Menschen der Dritten Welt fatalen Ergebnis. Aus der unbestrittenen Tatsache, daß wir im Norden die meisten Ressourcen verbrauchen und den meisten Dreck produzieren, ziehen sie den Kurzschluß: Programme zu unterstützen, die das Bevölkerungswachstum im Süden begrenzen, sei demographischer Imperialismus. Daß die Regierungen der Entwicklungsländer aus eigener Not den Norden um Hilfe bei Familienplanungsprojekten bitten, paßt nicht in dieses »Gerechtigkeitsschema«.

Viele meinen: Armutsbekämpfung sei der alleinige Weg, Eltern zum Verzicht auf viele Kinder – als Arbeitskräfte – zu bewegen. Dies klingt solidarisch, hilft aber am allerwenigsten den betroffenen Menschen. Was kaum jemand weiß: Die Bemühungen der Entwicklungsländer in der Armutsbekämpfung sind so erfolglos nicht. Die Statistik des UNFPA sagt: In der Dritten Welt sank zwischen 1970 und 1985 der Anteil der Unterernährten von 27 auf 21,5 Prozent sowie der Analphabeten von 32 auf 28 Prozent – trotz des enormen Bevölkerungswachstums. Gerade deshalb ist dies beachtlich. Doch wegen des Bevölkerungswachstums stieg im selben Zeitraum die absolute Zahl der Hungernden von 460 auf 512 Millionen, und die der Schriftunkundigen von 742 auf 889 Millionen. Für die Pakistanerin Nafiz Sadik, Chefin des Bevölkerungsfonds der UN, ist dies »wie wenn man eine Rolltreppe hinaufläuft, die nach unten fährt«.

Nicht nur das menschenreiche China, das 1974 noch Bevölkerungsstärke gleichgesetzt

hatte mit Macht und Wohlstand, revidierte bis 1984 diesen Standpunkt. Bangladesch mit einer der höchsten Bevölkerungsdichte ist keine Supermacht geworden und Kalkutta am wenigsten vom Wohlstand geplagt.

Doch während im Laufe der 70er Jahre die Regierungen der Dritten Welt die Notwendigkeit von Familienplanungsprogrammen langsam erkannten, leiteten auch die USA eine Kehrtwende ein. Kurz vor dem großen Treffen 1984 in Mexiko City zogen sie sich aus der Programm-Förderung zurück. Druck der Lobby aus der politisch rechten sowie fundamental religiösen Ecke hatte gewirkt. Stein des Anstoßes: Washington hatte Gelder auch für die medizinische Versorgung bei Abtreibungen gegeben.

ALLIANZ GEGEN DIE VERNUNFT

Klerikale Lobbyisten im Verein mit selbsternannten Drittwelthelfern, die gegen das Gespenst des Bevölkerungskolonialismus zu Felde ziehen und über nicht unerheblichen Einfluß auf die entwicklungspolitische Gemeinde des Landes verfügen – diese bizarre Allianz ist mitverantwortlich dafür, daß heute weltweit ganze 1,3 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfegelder in diesen Sektor fließen. Auch Bonn fördert in dieser Größenordnung. »Maßnahmen zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums sind unpopulär«, klagt ein Weltbankexperte.

Im Vorfeld der Kairoer Konferenz haben sich entsprechende Stimmen wieder zu Wort gemeldet. Entwicklungspolitische Gruppen – aus Deutschland unter anderem die Berliner »Aktionsgemeinschaft solidarische Welt« – behaupteten in einem Papier, es könne gar keine Bevölkerungspolitik geben, die ethischen Anforderungen genüge. Denn sie sei »unausweichlich rassistisch, sexistisch, imperialistisch und gegen die Armen«.

Weil sich nichts ändert, werden derweil gespenstische Lösungsvorschläge diskutiert. Der inzwischen verstorbene Professor für Psychiatrie und Neurologie, Hoimar von Ditfurth, stellte unter dem Eindruck der Sahel-Dürrekatastrophe Mitte der 80er Jahre in verzweifelt-ratlosem Tonfall die Einstellung der Hungerhilfe zur Debatte, weil jedes überlebende Kind die Katastrophe nur in kommende Generationen fortpflanze. Nur die Geburtenkontrolle könne aus dem Dilemma helfen. Maurice King, Mediziner an der Universität von Leeds, leitet aus dem Schlagwort der »nachhaltigen Entwicklung« in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift Lancet seine Forderung auf »nachhaltige Gesundheitsfürsorge« ab: Zuviel erfolgreiche Gesundheitsversorgung für

Kinder heute gefährde die Gesundheit künftiger Generationen durch Überbevölkerung.

Der britische Wissenschaftler A.V. Hill schrieb hierzu bereits 1952: »Wenn ethische Prinzipien unser Recht beschneiden, Böses zu tun, damit sich das Gute durchsetzt – dürfen wir dann das Gute tun, auch wenn die absehbare Konsequenz böse ist?«

Schon damals zeichnete sich die »demographische Falle« ab. Sie besagt: Die synchrone Entwicklung steigender durchschnittlicher Lebenserwartung und sinkender Geburtenraten klappt nicht wie in den Industrieländern. Entwicklungshelfer aus den reichen Ländern handelten in der Tat unverantwortlich, indem sie einseitig halfen, die Kindersterblichkeit zu senken und die Lebenserwartung nahezu zu verdoppeln, ohne sich um geringere Geburtenraten zu kümmern. Daher steht heute der Norden in der Pflicht, dem Süden beizustehen, um das Bevölkerungswachstum zu stoppen.

Der 1974 verabschiedete Weltbevölkerungsaktionsplan besagt zum Recht aufs eigene Kind: »Die Verantwortung der Paare und Individuen schließt bei der Ausübung dieses Rechtes die Berücksichtigung der Bedürfnisse der lebenden und zukünftigen Kinder und die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft ein.« Eine Selbstverständlichkeit, doch die Grünen sahen genau darin allen Ernstes eine »Einschränkung des Rechtes der Eltern, in bezug auf ihre Kinderzahl selbst zu entscheiden«. Wie lächerlich diese Kritik tatsächlich ist, ahnt der Leser des Buches »Go«, Dirk Flecks neuem Szenario über eine Ökodiktatur im Jahre 2040. Darin heißt es fiktiv: Jede Frau hat das Recht auf eine Entbindung – und keine einzige zusätzlich, basta. In China ist das Szenario bereits Realität. Die dramatische Wende, die man in Peking vollzog, sollte eine Warnung sein für jene, die die frühere Haltung des Landes immer noch für heilig halten.

»Mit der Formulierung bevölkerungspolitischer Ziele mußten und müssen sich alle Gesellschaften auseinandersetzen«, schreibt Bevölkerungsexperte Detlef Kießling und fügt hinzu: »Je nachdem, wie weit die Realität von diesem Ziel abweicht, werden die vielfältigen bevölkerungspolitischen Stellschrauben mit geringerem oder größerem Nachdruck justiert.« Schreitet die Zerstörung der Lebensgrundlagen in den empfindlichsten Regionen weiter so stark voran, dürften dort bald Menschen wie Ditfurth oder King als Berater gefragt sein. Die demographische Falle wird zur Humanitätsfalle. Die Menschheit muß anfangen, sich selbst zu bewirtschaften. Je früher, desto humaner wird dies passieren. Für die Erhaltung der globalen Lebensgrundlagen zur Zeit am wichtigsten: Tempolimit beim Bevölkerungswachstum.

Das Angebot

■ Intrauterinpressare

(Spiralen) müssen vom Gynäkologen eingelegt und wieder entfernt werden, Kontrolluntersuchungen alle sechs Monate nötig.

■ Scheidendiaphragma

Einmal angepaßt, kann es vor jedem Verkehr selbst eingeführt werden.

■ Pille

Relativ hohe Sicherheit und Bequemlichkeit bei der Gefahr von Nebenwirkungen; Voraussetzung: Zuverlässig regelmäßige Einnahme.

■ Sterilisation

Nachdem der Eingriff erfolgt ist, hat sich das Problem der Handhabung erledigt. Am einfachsten ist der Eingriff beim Mann. Voraussetzung: Der Kinderwunsch muß endgültig ad acta gelegt sein.

■ Kondom

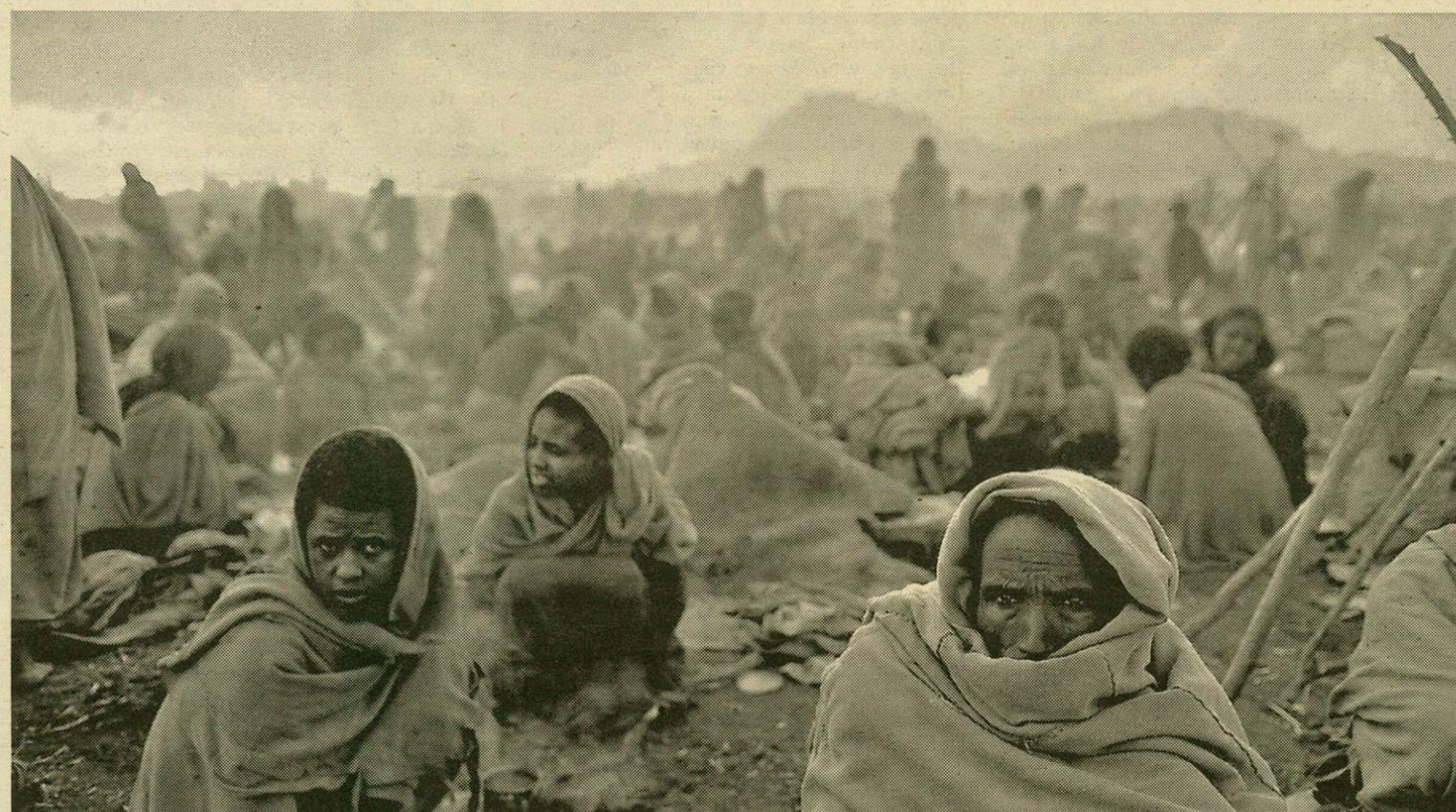
Schutz auch gegen Aids, manche stört die Prozedur, so unterbleibt sie bisweilen.

■ Nebenwirkungen

Etliche Pharmaka sind problematisch, ihre Nebenwirkungen noch nicht genügend untersucht. Einige Varianten, wie die Pille, sind nicht unproblematisch, da die regelmäßige Anwendung aus unterschiedlichen Gründen nicht gewährleistet ist. Eine Rolle spielt dabei die mangelnde Unterweisung im Gebrauch.

■ UN-Experten nennen mehrere Gründe für mangelnde Verhütung.

»Kulturelle und Kommunikationsbarrieren«: Widerstand von Gleichaltrigen, Ehemännern, Schwiegermüttern. Geographische und finanzielle Hinderungsgründe: Die Stelle, bei denen sich die Frauen mit Verhütungsmitteln versorgen können, sind oft zu weit weg, die Fahrtkosten zu hoch. Untersuchungen auf den Philippinen ergaben, daß der Gebrauch von Verhütungsmitteln bei Menschen, die acht oder mehr Kilometer von einer Klinik entfernt wohnten, mehr als 60 Prozent unter dem von Menschen lag, die im Umkreis von nur einem Kilometer ärztliche Betreuung finden.



Die sensiblen Ökosysteme zwingen die Menschen zur Landflucht in die rasch wachsenden Städte.